

# UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

5. JAHRGANG/Nr. 33

LEIPZIG, 15. AUGUST 1961

Preis 15 Pf

## Menschenhandel im kalten Krieg gegen die DDR (Seite 3)



Konstituierende Sitzung des zentralen Komitees der Karl-Marx-Universität zum Schutz gegen den Menschenhandel. (V. r. n. l.: Prof. Dr. Budzislowski, Professor, Dr. Zwilling, Frau Prof. Harig, Prof. Dr. Reißmann)

## Zum Nutzen von Frieden und Sicherheit

Zustimmung zu Volkskammerbeschluss und Maßnahmen der Regierung / Zentrales Komitee zum Kampf gegen Menschenhandel an der Universität gegründet / Brief der Universität in der Volkskammer verlesen / Anträge für Westreisen zurückgezogen

Vor und nach der Tagung der obersten Volksvertretung unserer Republik am Freitag bekundeten zahlreiche Persönlichkeiten unserer Universität, Arbeitsgemeinschaften, Gewerkschaftsgruppen usw. sowie Komitees zum Kampf gegen den Menschenhandel ihren festen Willen zum Abschluss eines Friedensvertrages in den nächsten Monaten sowie zur Lösung des Westberliner Problems, und sie begrüßten die energischen Maßnahmen zum Schutze der Bürger unserer Republik.

In einem Brief von 71 Professoren und Dozenten sowie zahlreichen weiteren Universitätsangehörigen an die Volkskammer, der in der 19. Sitzung verlesen wurde, heißt es u. a.:

„Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen den von Bonn organisierten Menschenhandel. Er soll ebenso wie die wirtschaftlichen Störversuche dazu dienen, die friedliche Entwicklung aufzuhalten. Diese Maßnahmen sollen den wissenschaftlichen Fortschritt in der Deutschen Demokratischen Republik beeinträchtigen und richten sich damit auch gegen Forschung und Lehre an der Karl-Marx-Universität.“

Am Sonnabend konstituierte sich im Senatssaal unter dem Vorsitz des Dekans der Fakultät für Journalistik, Prof. Dr. Hermann Budzislowski das Zentrale Komitee der Karl-Marx-Universität zum Kampf gegen den Menschenhandel. Prof. Budzislowski berichtete ausführlich von der 19. Tagung der Volkskammer, der er als Abgeordneter angehört. Er wies nach, daß die Bonner Militäristen ihre Maßnahmen zur organisierten Abwerbung von Bürgern der DDR verstärkten, um damit politischen Druck gegen den Friedensvertragsabschluss auszuüben, und kennzeichnete ihre Methoden eindeutig als Menschenhandel. Aufgabe des Komitees sollte es sein, das System des Menschenhandels erkennbar zu machen und die Universitätsangehörigen die notwendigen Schlußfolgerungen zu erläutern. „Die DDR ist kein Becken, aus dem alle schöpfen können“, sagte Prof. Dr. Budzislowski, und: „Wenn schon Westberlin eine Insel auf dem Gebiet der DDR ist, dann soll sie wenigstens kein Saugrohr sein.“ Es mache sich notwendig,

eine „Rezeptpflicht“ für Reisen nach Westdeutschland einzuführen. Dabei solle der Maßstab nicht Vertrauen oder Mißtrauen, sondern allein die Notwendigkeit sein.

Auch die anderen Diskussionsredner begrüßten die Bildung des Komitees einstimmig. Im Ergebnis der Debatte stimmten alle anwesenden Komiteemitglieder der Gründungserklärung zu. (Wortlaut siehe Seite 2)

Das Komitee zum Kampf gegen den Menschenhandel, welches als erstes an der Universität am Montag vergangener Woche in der Hauptverwaltung gegründet worden war, hat inzwischen seine Tätigkeit begonnen. Es schlug u. a. vor, in allen Gewerkschaftsgruppen Versammlungen zum Thema Menschenhandel durchzuführen. Nach der Belegschaftsversammlung, auf der sich das Komitee konstituierte, entschlossen sich u. a. die Kolleginnen Mohr und Siegel von der Hausabteilung ihre Anträge auf Reisen nach Westdeutschland nicht zu stellen bzw. zurückzuziehen.

## Universität unterstützt energische Maßnahmen gegen Feinde der Republik

Aus Briefen an die Volkskammer und Stellungnahmen von Universitätsangehörigen

In einem Brief appellierten Prof. Dr. Walter Markov und seine Mitarbeiter an die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Maßnahmen zu erörtern und zu beschließen, die der Sicherung unserer friedlichen Aufbauarbeit dienen. Da gegenwärtig die unmittelbarste Bedrohung des Weltfriedens von den Bonner Militäristen und Revanchisten, insbesondere von der von ihnen zu völkerfeindlichen Zwecken mißbrauchten imperialistischen Enklave Westberlin ausgeht, da sich hier professionisierte Menschenhändler etabliert haben, die mit schmutzigen Abwerbemethoden unser Aufbauwerk unterminieren, halten wir es für unbedingt erforderlich, daß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik Festlegungen zur Sicherung des Lebens unserer Bürger und unseres sozialistischen Aufbaus trifft.

Wir halten es angesichts dieser außerordentlichen Situation für angemessen, den gesamten Reiseverkehr von und nach Berlin strenger zu kontrollieren und auch die Nahtstellen mit Westberlin strengstens zu überwachen.“

des Deutschen Friedensplanes sollten alle Reisen nach Berlin und nach Westdeutschland, die nicht durch berufliche Notwendigkeit bestimmt sind, unterbleiben. Diese Schlußfolgerungen sollten in gesetzlichen Bestimmungen ihren Niederschlag finden. Der Deutsche Friedensplan schlägt bekanntlich auch folgendes vor: „Beide deutsche Staaten ... treffen Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs“. Der Kampf um die Verwirklichung des Deutschen Friedensplanes hilft also auch, einen normalen Reiseverkehr, der nicht in die Fänge des kalten Krieges gerät, herbeizuführen.“

Die Gewerkschaftsgruppe des Instituts für Agrarökonomik unterstützt ebenfalls die nunmehr von der Volkskammer beschlossenen Maßnahmen. U. a. bringen sie in ihrem Brief an unsere oberste Volksvertretung zum Ausdruck:

„Mit großer Empörung vernehmen wir von neuen Mächtigkeiten der Bonner Kopfjäger, die mit den brutallsten Methoden versuchen, den sozialistischen Aufbau unserer Republik zu stören und den Abschluß eines Friedensvertrages durch organisierten Menschenhandel zu hintertreiben. Wir erklären: Das Verlassen der Republik ist kein einseitiges Überwecheln von einem deutschen Staat in den anderen, sondern Verrat an der Sache des Friedens, am Aufbau des Sozialismus und damit am Glück des ganzen deutschen Volkes. Wer nach Westdeutschland geht, stärkt die Kräfte des Krieges politisch und materiell.“

Wir halten es angesichts dieser außerordentlichen Situation für angemessen, den gesamten Reiseverkehr von und nach Berlin strenger zu kontrollieren und auch die Nahtstellen mit Westberlin strengstens zu überwachen.“

An der Veterinärmedizinischen Fakultät bildete sich ein Komitee zum Kampf gegen den Menschenhandel und zum Schutze der Bürger der DDR, in dessen Gründungsauftrag es u. a. heißt:

„Mit großer Empörung vernehmen wir von neuen Mächtigkeiten der Bonner Kopfjäger, die mit den brutallsten Methoden versuchen, den sozialistischen Aufbau unserer Republik zu stören und den Abschluß eines Friedensvertrages durch organisierten Menschenhandel zu hintertreiben. Wir erklären: Das Verlassen der Republik ist kein einseitiges Überwecheln von einem deutschen Staat in den anderen, sondern Verrat an der Sache des Friedens, am Aufbau des Sozialismus und damit am Glück des ganzen deutschen Volkes. Wer nach Westdeutschland geht, stärkt die Kräfte des Krieges politisch und materiell.“

### Dr. Rudolf Kochhausen, Institut für Philosophie:

Während alle fortschrittlichen Menschen mit großem Verantwortungsgefühl um die Erhaltung des Friedens kämpfen, wird von den amerikanischen Imperialisten und ihren Bonner Handlangern der Atomkrieg vorbereitet. Im Zusammenhang zu dieser Vorbereitung steht auch der organisierte Menschenhandel. Mit Methoden, die das Schamgefühl eines jeden ehrlichen Deutschen hervorrufen müssen und die zugleich das Wesen des westdeutschen Militarismus in seiner ganzen Verworfenheit und Menschenfeindlichkeit zum Ausdruck bringen, versuchen gewissenlose Subjekte Bürger der DDR an die westdeutschen Imperialisten zu verschleudern, um den friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zu stören. Eine besonders negative Rolle spielt dabei die Menschenfalle Westberlin. Gerade die jüngsten gemeinsamen Aktionen bestätigen wieder die Notwendigkeit, die ständige Spannungsquelle so rasch wie möglich zu neutralisieren.

„Von der offenen Agententätigkeit bis zur persönlichen Bedrohung, von den versteckten Aktionen sogenannter Ostbüros bis zur systematischen Abwerbung von Kadern aus unserem Wirtschafts- und wissenschaftlichen Leben, benutzen diese kriegstreiberischen und revanchistischen Kräfte alle Mittel, um Ruhe und Ordnung in unserer Republik zu untergraben und den Menschen das Bewußtsein unserer rechtmäßigen, friedvollen und zukunftsreicheren Position innerhalb des Weltfriedenslagers zu nehmen.“

Die Veterinärmedizin hat sehr bedeutende Aufgaben in unserer sozialistischen Landwirtschaft zu erfüllen. Sie nimmt Einfluß auf einen sehr wichtigen Teil unseres gesamtstaatlichen Aufbaus, überaus.

An der Veterinärmedizinischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig wollen wir nicht tatenlos zusehen, wie diese feindseligen Kräfte auch auf unseren Arbeitsbereich Einfluß nehmen. Es hat sich daher nach Absprache von Herrn Prof. Hussel, Direktor des Instituts für Staatsveterinärkunde und Veterinärhygiene, mit Herrn Prof. Dr. Benz, Direktor des Instituts für Veterinär-Pharmakologie und Toxikologie, am 8. August 1961 ein Initiativkomitee gegen den Menschenhandel und gegen Abwerbung an der Fakultät gebildet.“

### Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte und Theorie der Geschichtsschreibung“ erklären:

„Durch unsere Forschungsarbeit und persönliche Erfahrungen müßten wir feststellen, daß besonders seit der Unterbrechung des Deutschen Friedensplanes, die psychologische Kriegführung der westdeutschen Militäristen auf den höchsten Tauen läuft und daß Geheimdienste sowie das vielfältige System des Menschenhandels mit größter Aktivität arbeiten.“

Ich begrüße alle Maßnahmen, die den Bonner Kopfjägern Einhalt gebieten. Ich werde im persönlichen Einsatz mit ganzer Kraft mit dazu beitragen, die Mächtigkeiten der Bonner Ultras zu entlarven.

### Oberassisi, Rudolf Gebcke, Institut für Philosophie:

Das edle Ziel der gebildeten Nation, wie es die Deutsche Demokratische Republik beispielhaft für ganz Deutschland verkörpert und dem sie damit die einzig reale Perspektive einer neuen Blüte von Wissenschaft und Kultur sowie der Entfaltung aller Talente gibt, kann auf die Dauer nur über den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten von ständigem Erfolg gekrönt sein.

Da die Regierung der DDR zwischen dem demokratischen Teil von Berlin und den imperialistischen Sektoren, diesem Herd der Kriegsführung, vor allem im Interesse der Einwohner keine Mauer errichten will, können - wie zahlreiche Beispiele beweisen - diese Organe des kalten Krieges, auch in das demokratische Berlin hineinwirken. Was Westdeutschland und Westberlin anbetrifft, so müßten wir schon seit längerem feststellen, daß jeder Bürger der DDR, der den „Verdacht“ erweckt, fest auf dem Boden seines Staates zu stehen, Drangsalierungen aller Art ausgesetzt ist und ständig Gefahr läuft, seine persönliche Freiheit zu verlieren. So wurde beispielsweise Dr. Werner Berthold bereits im Herbst 1960 - von einer Tagung der Schopenhauer-Gesellschaft kommend - durch den Bundesgrenzschutz verhaftet und durchsucht.

Die unmenschlichen Methoden der Kriegsvorbereitung durch die westdeutschen Imperialisten und Militaristen stehen im krassen Gegensatz zu den humanistischen Traditionen und Erbenschaften, zum demokratischen Willen und Handeln des deutschen Volkes. Aus diesem Grunde unterstütze ich alle Maßnahmen der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die geeignet sind, die psychologische Kriegführung, den barbarischen Menschenhandel des Imperialismus und Militarismus zu unterbinden und den Gefahrenherd Westberlin zu beseitigen.

Daraus ergeben sich im Interesse des Schutzes der Bürger der DDR folgende Schlußfolgerungen: Bis zur Realisierung

## Wir wollen nicht tatenlos zusehen

Kollegin Elfriede Heyne, Referent des Sekretariats für Marxismus-Leninismus schrieb ihre Gedanken zur Gründung eines Komitees zum Kampf gegen den Menschenhandel in der Deutschen Demokratischen Republik an unseren sozialistischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

„Was ist natürlicher, als der unermesslichen Handlungsweise der Bonner Ultras unsere Maßnahmen entgegenzusetzen? Wollen wir tatenlos zusehen, wie Bürger unserer Republik mit den schändlichsten Methoden zum Verrat an unserem sozialistischen Staat, an sich selbst und uns allen gezwungen werden?“

Das dürfen wir nicht, und das wollen wir nicht!

Deshalb ist es die vornehmste und humanitischste Aufgabe des neugegründeten Komitees, mit unserer aller Hilfe dafür zu sorgen, daß kein Mitarbeiter unseres Betriebes den reaktionären Kräften in Bonn in die Fänge gerät.

Besonderen Gefahren ist jeder Bürger der DDR ausgesetzt, der sich in der gegenwärtigen Zeit in das Gebiet Westdeutschlands begibt. Mögen die Gründe für seine Reise in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit liegen oder familiärer Art sein, immer werden sie von der Bonner Clique benützt, um politisches Kapital daraus zu schlagen.

Es ist doch sehr wirkungsvoll, wenn man der Öffentlichkeit möglichst hohe Zahlen vorlegen kann, mit denen man zu beweisen sucht, daß die Bürger unseres Staates ihren Urlaub viel lieber in der freien Atmosphäre der Bundesrepublik als bei uns verbringen.

Viele unserer Mitarbeiter erfüllt gerade dieses Problem mit tiefer Sorge, geht doch die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten durch die meisten unserer Familien. Auch in unserer Belegschaftsversammlung wurden diese Sorgen offen ausgesprochen und beraten. Ich selbst hatte in der jüngsten Vergangenheit ein Erlebnis, das mich tief beeindruckte und einen Ausdruck der Brutalität und Unmenschlichkeit des Bonner Regimes offenbart. Auch ich habe eine Schwester in Westdeutschland. Als vor wenigen Wochen mein Vater verstarb, dem wir beide sehr nahestanden, verständigte ich sofort meine Schwester. Obwohl die Verwaltungsstellen des Stadtbezirkes an diesem Tage keine Sprechstunden hatten, konnte ich nach wenigen Stunden das Telegramm mit der Aufenthaltsgenehmigung absenden. Meiner Schwester blieb es versagt, unserem Vater die letzte Ehre zu erwiesen. Sie arbeitet als Sekretärin im bundesdeutschen Staatsapparat und erhielt von dort Reiseverbot in die DDR.

Warum? Befürchten die Herren etwa, daß meiner Schwester hier ein Leid geschehen könnte, daß ihr vielleicht der Kerker droht, wie so vielen unserer Bürger in Westdeutsch-

land? Nein! Das war ihre Sorge nicht. Ihre Sorge ist vielmehr, daß die Menschen in Westdeutschland die Wahrheit über die DDR, über den aktiven Kampf um die Erhaltung des Friedens in Deutschland und in der ganzen Welt erfahren. Ihre „Sorge um den Menschen“ besteht darin, ihn in Botmäßigkeit gegenüber ihrem Regime zu halten. Das aber ist nicht möglich, wenn die Menschen die Wahrheit erfahren und auf Grund eigener Erfahrungen vergleichen und abschätzen können. Manche unserer Kollegen aber sehen diese Zusammenhänge noch nicht und meinen, ein familiärer Besuch in Westdeutschland habe mit Politik nichts gemein. Ihnen wollen wir helfen, die Probleme zu erkennen, und gemeinsam wollen wir Bedingungen schaffen, die es uns ermöglichen, in Zukunft ungehindert und ohne Gefahren unsere Verwandten und Bekannten zu besuchen und uns mit ihnen auszutauschen.

Eine der wichtigsten Bedingungen dafür ist der Abschluß eines Friedensvertrages, um den wir, jeder an seinem Arbeitsplatz, täglich und stündlich ringen. Diesen Kampf können wir unterstützen und beschleunigen, wenn wir die im Moment geplanten Reisen nach Westdeutschland nicht durchführen. Ich meine, es ist besser, heute eine Reise zu verschieben, um sie morgen in Ruhe und Sicherheit nachzuholen. Ich meine, es ist notwendig, unserem ärgsten Gegner auch diese Waife, die er gegen eine Friedensregelung in Deutschland einsetzt, aus der Hand zu schlagen.